

Inhaltsverzeichnis

Sonderbeilage

Prof. Dr. Markus Gehrlein, Richter am BGH, Karlsruhe

Rechtsprechung des BGH zur Insolvenzanfechtung der Jahre 2017 bis 2019

Beiträge

Univ. Prof. Dr. Peter O. Mülbert und Akad. Rat. a.Z. Dr. Alexander Sajnovits, M.Sc. (Oxford), Mainz

Neue Referenzzinssätze, Zinssatzformeln und das Zinseszinsverbot

– Karsten Schmidt zum 80. Geburtstag –

1813

Dr. Dr. Alexander Morell, Bonn

Rage against the machine:

Verstößt Legal-Tech-Inkasso gegen das Rechtsdienstleistungsverbot?

1822

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

EuGH	5.9.2019	Rs. C-28/18*	Art. 9 Abs. 2 VO (EU) Nr. 260/2012 steht Vertragsklausel entgegen, die die Zahlung mittels Lastschrift auf Euro über SEPA ausschließt, wenn der Zahler seinen Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat hat als der Zahlungsempfänger	1830
------	----------	--------------	---	------

Bundesgerichtshof	15.8.2019	III ZR 205/17*	Zur ordnungsgemäßen Risikoaufklärung des Anlegers bei der Zeichnung von Beteiligungen an geschlossenen Fonds und der diesbezüglichen Verteilung der Darlegungs- und Beweislast; zur gebotenen Darlegung, wenn der Anleger den Ersatz entgangener Anlagezinsen verlangt; zur Erstattung vorgerichtlicher Anwaltskosten	1833
-------------------	-----------	----------------	---	------

Gesellschaftsrecht

Bundesgerichtshof	16.7.2019	II ZR 426/17*	Zur Frage, ob die Veräußerung von betriebsnotwendigem Vermögen durch eine GmbH, die aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrags verpflichtet ist, 20 % ihres Jahresüberschusses abzuführen, an eine Gesellschaft mit im Wesentlichen gleichen Gesellschaftern gegen eine angemessene Gegenleistung als eine den Vorwurf der Sittenwidrigkeit begründende Verletzung der Leistungstreuepflicht anzusehen	1838
-------------------	-----------	---------------	---	------

Bundesgerichtshof	16.7.2019	II ZR 175/18*	Keine besonderen Wirksamkeitsanforderungen für Teilgewinnabführungsverträge mit einer GmbH als abführungspflichtiger Gesellschaft, wenn sie keine satzungsüberlagernde Wirkung haben; wirksam abgeschlossener Teilgewinnabführungsvertrag unberührt von Rechtsformwechsel der verpflichteten GmbH in eine Aktiengesellschaft; zur Pflicht der Vertragsparteien, die infolge des Formwechsels erforderliche Eintragung in das Handelsregister (§ 294 Abs. 1 AktG) herbeizuführen	1841
-------------------	-----------	---------------	---	------

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof	4.7.2019	I ZB 71/18	Aufenthaltsermittlung gemäß Modul L der Anlage zur Gerichtsvollzieherformular-Verordnung keine selbständige Maßnahme der Zwangsvollstreckung, sondern lediglich eine den Gerichtsvollzieher bei den ihm zugewiesenen Vollstreckungsmaßnahmen unterstützende Hilfsbefugnis; nach ihrer Vornahme keine Beendigung des dem Gerichtsvollzieher erteilten Vollstreckungsauftrags durch Rückgabe der Vollstreckungsunterlagen an den Gläubiger	1846
-------------------	----------	------------	--	------

Bundesgerichtshof	21.8.2019	VII ZB 48/16	Zur Bewilligung von Prozesskostenhilfe für ein Mahnverfahren, wenn ein Widerspruch des Antragsgegners zu erwarten ist (hier in Bezug auf einen vom Insolvenzverwalter verfolgten Anspruch)	1848
Bundesgerichtshof	12.9.2019	IX ZR 264/18*	Zur Passivlegitimation der nach den niedersächsischen Zuständigkeitsregelungen ermächtigten kommunalen Gebietskörperschaft, die auf das Land nach dem Unterhaltsvorschussgesetz übergegangenen Ansprüche außergerichtlich und gerichtlich geltend zu machen und Zahlungen des Unterhaltsschuldners auf die geleisteten Unterhaltsvorschüsse entgegengenommen hat, für Rückgewähransprüche wegen Anfechtung; zum möglichen Fehlen eines Gläubigerbenachteiligungsvorsatzes eines unterhaltspflichtigen Schuldners trotz erkannter Zahlungsunfähigkeit, wenn sich die Unterhaltszahlungen in einer Größenordnung bewegen, die es nahelegt, dass es sich wirtschaftlich um Zahlungen aus dem zugunsten der Unterhaltsgläubiger pfändungsgeschützten Teil des Einkommens oder von einem jederzeit schützbaren Konto handelt	1849
Sonstiges				
Bundesgerichtshof	8.11.2018	I ZB 24/18	Zur Maßgeblichkeit des Schiedsvereinbarungsstatuts für die persönliche Reichweite einer Schiedsvereinbarung; keine Bedenken unter dem Aspekt einer unzulässigen Schiedsbindung unbeteiligter Dritter, wenn diesen lediglich ein Wahlrecht zur Anrufung eines Schiedsgerichts eingeräumt wird	1854
Bundesgerichtshof	14.2.2019	I ZB 33/18	Verletzung der Grundsätze des § 301 ZPO durch Schiedsgericht kein Aufhebungsgrund im Sinne des § 1059 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. d ZPO; zur Frage, ob der verfahrensrechtliche ordre public eine Einschränkung von diesem Grundsatz erfordern könnte	1856
Bundesgerichtshof	6.6.2019	VII ZR 103/16	Kein Grundurteil in einem Prozess auf Schadensersatz wegen Mängeln des Bauwerks, wenn das Gericht keine Feststellungen zu Mängeln des Bauwerks getroffen hat	1858

Bücherschau

Ulrich Becker/
Armin Hatje/
Johann Schoo/
Jürgen Schwarze (Hrsg.)

Schwarze – EU-Kommentar, 4. Aufl.
Rezensenten: Rechtsanwälte Dr. Andreas v. Bonin/
Dr. Michael Bo Jaspers, Brüssel

1860